Nr. 230. Sonnabend, den 1. Oktober 1910. 24. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köyke in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Heinr. Koenen, Annenstr. 17. **Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Bachstr. 12. **Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck** und **Billwärder** bei Carl Ortel, Baustr. 26. **Hammerbrook** bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. **Rotenburgsort** und **Veddel** bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. **Wilhelmsburg** bei Carl C. Diehl, Meyerstr. 12, 1. Et. **Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde** und **Ost-Barmbeck** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Der Magdeburger Parteitag hat eine Reihe wichtiger Fragen, die das Jahr geboren, in befriedigender Weise zum Abschluß gebracht. Wie immer in dem einen und anderen Falle die Geister aufeinanderplatzten, das Endresultat war der entschlossene Wille aller, die Größe und Einheit der Partei zu wahren und in den bevorstehenden schweren Kämpfen Schulter an Schulter den Feinden die Stirne zu bieten.

Es war ein erhebender Moment, als in der Debatte über **die preußische Wahlrechtsfrage** die Vertreter unserer Genossen aus den süddeutschen Staaten in warmen Worten die Bereitwilligkeit der süddeutschen Genossen kundgaben, die preußischen und norddeutschen Genossen in den kommenden schweren Wahlrechtskämpfen mit allen Kräften zu unterstützen. Diese eindrucksvolle Bekundung unverbrüchlicher Solidarität hat in der ganzen Partei freudigen Widerhall gefunden.

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Neben dem Kampfe für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den norddeutschen Einzelstaaten, gilt es Vorbereitungen zu treffen für die Reichstagswahlen, die zweifellos im Jahre 1911 stattfinden. Man nahm bisher an, diese Wahlen würden im Herbst 1911 vorgenommen werden. Wir haben aber gute Gründe, zu glauben, daß sie viel früher stattfinden.

Die großen Gesetzentwürfe (Neugestaltung der Reichsversicherungsgesetzgebung, Revision der Strafprozeßordnung) werden kaum im letzten Abschnitt der Session durch den Reichstag zu Ende beraten werden. Sie bilden also kein Hindernis für eine baldige **Auflösung und Neuwahl des Reichstags.** Für die letztere sprechen aber eine ganze Menge Gründe aus der inneren und äußeren Politik des Reiches, die es den Regierenden wünschenswert erscheinen lassen, recht bald einen neuen Reichstag zu erhalten, der alsdann in fünfjähriger Tätigkeit ihre Wünsche in bezug auf Militär- und Marinevorlagen, Steuergesetze, neue Zoll- und Handelsverträge befriedigen soll.

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Auf keinen Fall dürfen wir uns überrumpeln lassen. Von heute ab muß in jedem Reichstagswahlkreise die intensivste Agitations- und Organisationsarbeit geleistet, müssen ununterbrochen Geldmittel beschafft werden. Keine Anstrengung darf zu groß, kein Opfer zu schwer sein. Selbst in den uns sicheren Wahlkreisen muß diese Arbeit aufs eifrigste betrieben werden. Denn es gilt nicht nur zu siegen; die Sozialdemokratie muß mit gewaltigem Stimmenzuwachs aus der Wahlschlacht hervorgehen.

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Täuscht Euch nicht über die Situation. Unsere Gegner werden, wie im Jahre 1907, alle Mittel in Anwendung bringen; sie werden im Verein mit den einzelstaatlichen Regierungen den ganzen Beamtenapparat in Reich, Einzelstaat, Gemeinde, gegen uns aufzubieten suchen, um einen parlamentarischen Machtzuwachs des Proletariats zu verhindern.

Gebt Euch keinen Illusionen hin!

Die Interessengegensätze unter den bürgerlichen Parteien sind weit geringer als zwischen irgendeiner bürgerlichen Partei und uns. Es wird daher auch bei den nächsten Wahlen nichts unversucht bleiben, um alle bürgerlichen Parteien zu einem geschlossenen Vorgehen gegen uns zu vereinigen. Bisher haben fast alle Wahlen bewiesen, daß wir selbst bei den engeren Wahlen von denen im Stich gelassen wurden, denen wir in anderen Kreisen Wahlhilfe geleistet haben. Es müssen alle Hebel angesetzt werden, damit wir aus eigener Kraft siegen.

Trotz alledem sehen wir dem bevorstehenden Wahlkampfe mit vollem Vertrauen entgegen. Die Regierenden und die herrschenden Klassen haben mit jenem Ungeschick, das die Götter denen verleihen, die sie mit Blindheit schlagen und verderben wollen, alles getan, um die Massen zur Empörung aufzureizen. Grollende Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen hat sich bis in die sogenannten staatstreuen Schichten eingefressen. Die **unerträgliche Teurung aller Lebensbedürfnisse** ist die unausbleibliche Folge der in Deutschland herrschenden agrarischen Wirtschafts- und Liebesgabenpolitik. Diese Teurung wird nicht nur bleiben, sie wird sich steigern und Millionen und Abermillionen fleißiger, sorgender Menschen zur Unterernährung zwingen und zur Verzweiflung treiben.

Zu den aufreizenden Steuerlasten des letzten Jahres, die Zehntausende und Aberzehntausende von Arbeitern brotlos machten oder im Verdienst schwer schädigten und eine große Anzahl selbständiger Existenzen ruinierten, werden neue Lasten kommen. Das Wettrüsten zu Wasser, zu Lande und in der Luft geht ins Maßlose weiter und weiter und muß die Katastrophe beschleunigen, die diese Rüstungen angeblich vermeiden sollen. Dazu kommt die empörende Mißachtung und Verhöhnung der Forderungen der Arbeiter nach politischer Gleichberechtigung und Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, die schreiende Vernachlässigung der dringendsten Kulturaufgaben, die immer zahlreicher werdenden Akte der Rechtspflege, die ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit sind, und endlich die zahlreichen Fälle schlimmster Polizeiwillkür, die auch den Geduldigsten zum Rebellen machen müssen.

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Dieses Anklagematerial geschickt auszunutzen, muß unsere Aufgabe sein.

Stärkt unsere Organisation! Werbt neue Leser unserer Presse!

Frisch ans Werk! Die Zeit drängt! Schließt die Reihen! Die Trompete ruft zum Kampfe!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, den 1. Oktober 1910.

Der Parteivorstand.

Bebel. Ebert. Gerisch. Liepmann. Molkenbuhr. Müller. Pfannkuch. Singer. Wengels. Zietz.

Hierzu zwei Beilagen.

Klassengegensätze in der Hierarchie.

Im Reiche der päpstlichen Hierarchie scheint es ebenso zu gehen wie im Deutschen Reiche. Wie hier die Angst vor der Sozialdemokratie zu allerlei törichten Maßnahmen treibt, die unsere Bewegung stärken statt zu schwächen, so dort die Angst vor dem Modernismus. Unser Wilhelm Liebknecht hat einmal treffend solche bornierte Unterdrückungsversuche gegen unsere Partei mit der Fabel in den antiken Schicksalstragödien verglichen, wo der Held, um einem vom Orakel ihm geweissagten Unheil auszuweichen, eben dadurch in dasselbe rennt.

Wie sehr der jetzige Papst — der freilich so wenig wie der deutsche Kaiser ein Instrument des Himmels ist, sondern ein Instrument der Jesuiten — den Bogen überspannt, weiß man aus seinem neuesten Erlaß, wonach sogar den jungen Leuten, die zu Theologen im Seminar ausgebildet werden, verboten ist, weltliche Zeitungen zu lesen. Diese Kleriker treten also ins Priesteramt, ausgerüstet mit einer Ignoranz, die sogar ihre amtliche Befähigung nicht wenig beeinträchtigen muß. Wie verkehrt und lächerlich ist überhaupt eine solche Absperrung, die ja doch ihren Zweck nicht erreichen kann, da die Alumen auf allerlei andern Wegen das und jenes erfahren können! Und wie sehr wird außerdem die katholische Jugend durch solche Verbote vom Studium der Theologie abgeschreckt!

Doch nun hat Pius X. in seiner Unfehlbarkeitsweisheit eine Bestimmung getroffen resp. genehmigt, welche auch die zahmsten Pfarrer erbittern muß. Er dekredierte die Absetzbarkeit auch unbescholtener Pfarrer durch die Bischöfe.

„Zwar nennt sich der Papst Hüter des kirchlichen Rechts. Aber in der Kirche haben nur die Oberen Rechte, die Unteren haben nur Pflichten; sie haben zu schweigen und zu gehorchen, die Heloten des Gottesreichs“ — schreibt darüber ein katholischer Theologe.

Wie Bischöfe, ja wie Päpste en miniature, schalteten und walteten bisher die Pfarrer in ihren Gemeinden; wenn sie sich nur nicht zu grober Vergehen schuldig machten, brauchten sie weder Papst noch Bischof zu fürchten, denn weder jener noch dieser konnten sie ihres Amtes entsetzen. Das Pfarrhaus war eine Art Festung, an deren Wällen die Geschosse, die der bischöflichen Verfügungsfreiheit zu Gebote standen, wirkungslos abprallten. Abgesetzt oder versetzt konnten sie nur werden, wenn bestimmte, vom Kirchenrecht namhaft gemachte Verbrechen vorlagen, wie namentlich Häresie (Ketzerei), Simonie (Handel mit geistlichen Aemtern), tätlicher Angriff auf einen Bischof, Kardinal oder Papst, oder wenn einer einen unsittlichen und ärgerniserregenden Lebenswandel führte und sich trotz aller Mahnungen nicht besserte. Aber die Entscheidung darüber, ob dergleichen vorlag, war keineswegs dem persönlichen Ermessen des Bischofs überlassen, sondern erforderte gerichtliche Untersuchung, und eventuell konnte er Berufung beim Metropoliten (Erzbischof) oder beim Papst einlegen. Nun aber soll der Bischof im Einvernehmen mit zwei von ihm ernannten Examinatoren entscheiden können, und zwar wegen recht fragwürdiger und kautschukener Reate, wie „Verlust des guten Rufes bei den ernsten und ehrbaren Leuten“; was unter solchen zu verstehen, kann man sich denken.

Es ist offenbar mit der neuen Verordnung auf eine gewaltige Erhöhung der bischöflichen Macht auf Unkosten des Pfarrers abgesehen. Der Bischof hat jeden Pfarrer vollständig in der Hand; gegen den würdigsten kann er einschreiten, der sich etwa politisch oben mißliebig macht, die ultramontane Presse nicht unterstützt, oder gar an verpönten Zeitschriften mitarbeitet, und vollends, wenn er modernistischer Gesinnungen auch nur verdächtig ist.

Der Pfarrer ist zum „ewigen Kaplan“, zum ständigen Verweser herabgesunken, der nie sicher ist, ob er nicht in acht Tagen brot- und heimatlos geworden.

Zweifellos ist es mit der Verordnung nicht bloß gegen den Modernismus, sondern namentlich auch gegen die Sozialdemokratie abgesehen. Es hat ja schon bisher manchen Pfarrer gegeben, der für die sozialistische Arbeiterbewegung Verständnis und Sympathien hegte und entweder nur lau oder auch gar nicht das Zentrum unterstützte, oder ihr sogar in der Presse Anerkennung gezollt hat. Dem soll ein Riegel vorgeschoben werden, und wer nicht nach Kräften für das Zentrum und gegen die Sozialdemokratie agitiert, fliegt hinaus.

Ob aber die Erbitterung, die damit bei den Pfarrern notwendig erzeugt wird, ihnen nicht erst recht den ultramontanen Geist austreiben wird, wenn sie ihn auch äußerlich notgedrungen zur Schau tragen? Ob nicht unter den Pfarrern eine Menge „Kryptosozialisten“ erstehen werden, die heimlich und auf Schleichwegen unserer Bewegung Vorschub leisten?

Man denke an die französische Revolution, wo ein großer Teil des niederen Klerus eifrige Förderer der Revolution waren. Denn von den riesigen Einkünften der Kirche fiel der Löwenanteil an die hohen kirchlichen Würdenträger und die Klöster, die Pfarrer dagegen lebten in Armut. (Kautsky, „Die Klassengegensätze von 1789“.) Durch ihre Familienbeziehungen mit dem dritten Stand verbunden, arm, mit Arbeit überbürdet, hatten sie es satt, als Werkzeuge der weltlichen und geistlichen Ausbeuter und Prasser weiter zu funktionieren. Ihr Klassenbewußtsein erwachte und trieb sie an die Seite des dritten Standes!

Solche Gewaltmaßregeln, wie sie jetzt nach dem päpstlichen Erlaß gegen die katholischen Pfarrer praktiziert werden sollen, um sie zu völlig willenlosen Werkzeugen der Kirche zu machen, können sehr wohl den Erfolg haben, daß auch ein Teil der katholischen Pfarrer mehr Verständnis für das Streben der Arbeiterklasse nach Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht gewinnt und — wenn auch nicht öffentlich, so doch im stillen — der Bewegung Vorschub leistet. Das könnte für das Zentrum sehr verhängnisvoll werden. Die päpstliche Unterdrückung der freien Meinungsäußerung könnte auch hier sich erweisen als ein Teil jener Kraft, die das Böse will, aber das Gute schafft.

Politische Uebersicht.

Scharfmacherhetze.

Weiter hetzen! Das ist jetzt die Losung in der ganzen „gutgesinnten“, d. h. reaktionären Presse. Material für die Hetze glauben die Hetzer sowohl in den Verhandlungen des Magdeburger Parteitages wie in den Straßenunruhen in Moabit gefunden zu haben. Erstere nimmt ein Industrieller zu Anlaß, um in der „Kreuzztg.“ sein bedrängtes Herz auszuschütten. Er stellt die dringende Forderung, „daß nun ohne jeden Verzug und mit aller erdenklicher Schärfe gegen die Aufwiegler und Hochverräter vorgegangen wird. Wenn die unruhigen, gefährlichen Elemente sehen, daß Reden, wie die Magdeburger, in einem Musterstaate wie Preußen ungeahndet gehalten werden dürfen, dann sind Ausschreitungen jeder Art, ja die Revolution unausbleiblich. Sollten nicht auch die Moabiter Vorgänge im Zusammenhange mit den aufrührerischen Magdeburger Reden stehen? Daß die Liberalen, namentlich vom Schlage des „Berliner Tageblattes“, Mitschuldige sind, unterliegt keinem Zweifel. Den sozialdemokratischen Führern ist es selbstverständlich bekannt, daß es kein geordneteres Staatswesen gibt, als Preußen und Deutschland; aber die unwissenden Unzufriedenen sollten sich die Zustände im Auslande einmal ansehen, dann werden sie erkennen, welche bösartigen Leute sie sich zu Führern erwählt haben.“

Das Vorgehen „mit aller erdenklichen Schärfe“ denkt sich der Verfasser der Zuschrift offenbar so, daß man das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift einfach aufhebt. Damit sollen dann nicht nur die Sozialdemokraten, sondern gleich auch die Liberalen gepackt werden, so weit sie es noch wagen, einmal ungeschminkt ihre Meinung zu sagen. Die Parteitagsverhandlungen müssen da als Vorwand dienen; worauf es den Edlen ankommt, ist eine Unterbindung jeder Kritik, deren Folgen sich ihnen in den jüngsten Nachwahlen zum Reichstag so unangenehm fühlbar gemacht haben. Sie fürchten — wohl mit Recht —, daß der nächste Reichstag nicht mehr die reaktionäre Mehrheit aufweisen werde, wie der gegenwärtige; deshalb möchten sie noch vor den Wahlen mit den letzten Resten von Freiheit aufräumen.

In welch niederträchtiger Weise die Moabiter Unruhen für Scharfmacherzwecke ausgebeutet werden, zeigt folgendes: Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitete am Donnerstag folgende Nachricht:

„Von zuständiger Seite erfahren wir, daß nach amtlicher Feststellung unter den am Dienstag aus Anlaß der Straßenkrawalle in Moabit wegen Aufruhrs Verhafteten 12 Exzedenten sich 9 Personen befinden, welche einer auf sozialdemokratischem Boden stehenden Gewerkschaft angehören. Von diesen sind 3 Personen auch Mitglieder eines hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins und 4 sind streikende Kohlenarbeiter der Firma Kupfer & Co. Daraus erhellt am besten, wie falsch die von sozialdemokratischer Seite verbreitete Behauptung ist, daß bei den Streikunruhen organisierte Arbeiter und Streikende der Firma Kupfer & Co. überhaupt nicht beteiligt seien.“

Dazu macht die „Deutsche Tageszeitung“ die niederträchtige Bemerkung, aus dieser Nachricht könne „man nur das eine Resultat entnehmen: daß die Kerntruppe der Moabiter Aufrührer aus waschechten Sozialdemokraten besteht; daß die Sozialdemokratie nicht nur der moralische und intellektuelle Urheber der Schandtaten ist, sondern daß es direkt ihre „Truppen“ sind, die dort in Moabit ein regelrechtes, „kriegsmäßiges Manöver“ abhalten!“

Eine solche gewissenlose Verleumdung richtet sich selbst. Was beweist es, daß auch Arbeiter verhaftet worden sind, die einer gewerkschaftlichen Organisation oder einem Parteiverein angehören? Für deren Schuld noch gar nichts. Man weiß ja, wie es bei solchen Aufläufen zugeht. Die wütend gewordenen Polizisten verhaften alles, was ihnen unter die Hände kommt, auch ganz unbeteiligte Leute, die des Weges gehen müssen, weil sie in der Nähe wohnen oder arbeiten. Oft genug werden sie auch noch mit den Säbeln arg zugerichtet. Die Attacke gegen die englischen Journalisten im Automobil, in denen man doch wahrlich keine Exzedenten vermuten konnte, zeigt deutlich genug, wie es gemacht wird. Dieser Vorgang müßte jeden anständigen Menschen veranlassen, nicht solche giftigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Aber wo es gilt, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen und reaktionäre Pläne zu verfolgen, da ist den gewissenlosen Gegnern jedes Mittel recht.

Auch gegen die Jugendorganisationen möchte man die Moabiter Vorgänge ausnutzen. Die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ stellt die Behauptung auf, daß die aktive Beteiligung der sozialdemokratischen Jugendorganisation an dem Aufruhr in Moabit so gut wie erwiesen sei. Für das Organ des Reichskanzlers unterliegt es keinem Zweifel, daß die sozialdemokratischen Lehrlinge sich berufen fühlten, ihre Lungen- und Armkräfte zu probieren. Die Unterbrechung der Straßenbeleuchtung ist nach der „Nordd. Allgem. Ztg.“ auf das Konto der organisierten sozialdemokratischen Jugend zu setzen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß selbstverständlich die sozialdemokratische Jugendorganisation mit den Vorkommnissen in Moabit in keinerlei Verbindung steht. Der Zweck der Notiz im Organ des Reichskanzlers ist allerdings so durchsichtig, daß man ohne weiteres weiß, welche Absicht aus den Zeilen herauszulesen ist. Die sozialdemokratische Jugendorganisation liegt der Regierung schwer im Magen und man schreckt vor keinem Mittel zurück, um eine Handhabe zu bekommen, die es ermöglicht, gegen diese Organisation vorzugehen. Allerdings wird man auch diesmal wieder, wie stets seither, sich einer trügerischen Hoffnung hingegeben haben.

Ueberhaupt werden die im reaktionären Scharfmacherinteresse aufgestellten Verleumdungen an den Tatsachen zu schanden werden.

Weitere Steigerung der Marineausgaben.

Nach dem neuen Etatsvoranschlag für die Marine, der jetzt dem Reichsschatzamt zur Prüfung vorliegt, soll nach dem „B. T.“ die Etatsstärke der Marine eine beträchtliche Vermehrung erfahren. Im Jahre 1910 betrug die Etatsstärke 57 170 Mann, im kommenden Etatsjahr soll sie auf über 60 000 Mann gebracht werden. Diese Verstärkung wird damit begründet, daß die neuen Schiffe größer sind als die früheren und daß deshalb auch die Besatzung eine stärkere sein müsse. Außerdem ist in Helgoland eine neue Matrosen-Artillerieabteilung aufgestellt worden, und ferner sind auch mehr Mannschaften nötig für die größere Zahl von Torpedobooten, die im letzten Jahre in Dienst genommen worden sind. — Bei Neubauten für die Flotte wird immer nur darauf hingewiesen, daß zu größeren Typs gegriffen werden müsse, mit keinem Wort wird aber dabei erwähnt, daß in demselben Maße die Zahl der notwendigen Mannschaften steigt. Nachdem die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die größeren Schiffe bewilligt hat, wird ihr natürlich nichts anderes übrig bleiben, als nun auch die vermehrte Anzahl der Mannschaften für diese großen Schiffe zu bewilligen. So treibt ein Keil den andern, und die große Masse des Volkes hat dann die Zeche zu bezahlen.

Die Wirkungen der Leuchtmittelsteuern.

Wie vor Schaffung dieser Steuern vorausgesagt und schon bisher durch die Tatsachen bestätigt worden, sind die Leuchtmittelsteuern ein verfehltes Unternehmen, das die erhofften Millionen nicht einbringt, aber ruinös auf die beteiligten Industrien einwirkt. Im dritten Heft der „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“ ist eine Zusammenstellung der von den Steuer-Direktivbehörden für die Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910 aufgestellten Nachweisungen über die Herstellung sowie über die Ein- und Ausfuhr von Beleuchtungsmitteln und über den Ertrag der Leuchtmittelsteuer, sowie der von den Direktivbehörden über die Verhältnisse des Beleuchtungsmittelgewerbes erstatteten erläuternden Berichte veröffentlicht worden.

Aus diesen Berichten geht hervor, daß die seinerzeit von der Leuchtmittelindustrie gegen die Leuchtmittelsteuer geltend gemachten Einwendungen in allen Teilen berechtigt gewesen sind. Die Schätzungen der Reichsregierung über den Inlandsverbrauch an steuerpflichtigen Beleuchtungsmitteln und damit über den Ertrag der Steuer haben sich als bei weitem zu hoch erwiesen. So wurden an Beleuchtungsmitteln im Inland hergestellt und versteuert, bezw. eingeführt, 10,25 Millionen Stück elektrische Glühlampen, 1,6 Millionen Kilogramm elektrische Lichtkohlen und 14,85 Millionen Stück Glühkörper für Gaslampen, während nach den von der Reichsregierung vorgenommenen Schätzungen die entsprechenden Zahlen für die gleiche Zeitdauer lauten müßten: 15 Millionen Stück elektrische Glühlampen, 3,5 Millionen Kilogramm elektrische Lichtkohlen und 50 Millionen Stück Glühkörper für Gaslampen.

Dementsprechend ist natürlich auch der Ertrag der Steuer wesentlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Er beträgt in den elf Monaten Oktober 1909 bis August 1910: 9,78 Millionen Mark, während er nach dem Voranschlag der Regierung für die gleiche Zeit 21,5 Millionen Mark betragen müßte. Einen nennenswerten Einfluß auf dieses ungünstige Ergebnis kann die Vorversorgung der Konsumenten vor dem Inkrafttreten der Steuer nicht ausgeübt haben, da der Bundesrat die Nachversteuerung der am 1. Oktober 1909 vorhandenen Leuchtmittelbestände auch auf die Vorräte von Staats- und Gemeindebehörden, gewerblichen Betrieben usw. erstreckte und im Hinblick darauf viele größere Konsumenten ihre bereits, unter der Bedingung der Lieferung vor dem Inkrafttreten der Steuer getätigten Bestellungen annullierten.

Die dauernd ungünstigen Folgen der Steuer für